Preußische Gesetzsammlung

1930

Ausgegeben zu Berlin, den 24. Dezember 1930

Nr. 41

(Mr. 13555.) Berordnung über die Kosten in Angelegenheiten der Familiengüter und der Hausbermögen (Ausstöfungsgebührenordnung). Bom 22. Dezember 1930.

Auf Grund des Artifels 46 Nr. a des Gesetzes über Anderungen der zur Auflösung der Familiengüter und der Hausvermögen ergangenen Gesetze und Verordnungen vom 22. April 1930 (Gesetzsamml. S. 51) wird nach Anhörung des Staatsrats und mit Zustimmung eines Ausschusses des Landtags folgendes verordnet:

geschichtlichem Werte kommen mir gum Er.A. lied in Rinfag, soweit fie nicht in den Einheits-

Roften der Auflösungsbehörden.

(2) Ein Schuldenabzug ist nur in den in Der vor der Berordnung vorgeschenen Fällen zulässige.

(3) Jir der nach Alos. I für die Berechnung des Bertes des Bermögens makgebende Einheits-

wert noch nicht sestgestellt, so gilt der für .nulishnie gesausenen Feststellungsgelraum settgestellte

Einheitswort, sofern sich nicht der Bestand des Bzemägens inzwischen erheblich geandert hat. Im

- (1) Die Erhebung der Kosten (Gebühren und Auslagen) in den Angelegenheiten der Auflösungsbehörden (Auflösungsämter für Familiengüter, Landesamt für Familiengüter) richtet sich:
 - 1. in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach den Borschriften des II. Absschnitts (§§ 2 bis 54),
 - 2. im Verfahren über streitige Ansprüche und im Fideikommißkonkursverfahren nach den Vorschriften des III. Abschnitts (§§ 55 bis 57) dieser Verordnung.
- (2) Als Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit im Sinne dieser Bestimmungen gelten alle Angelegenheiten der Auflösungsbehörden mit Ausnahme des Verfahrens über streitige Ansprüche und des Fideikommißkonkursversahrens. Versahren über streitige Ansprüche sind bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, die der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit entzogen und den Auflösungsbehörden zugewiesen sind.

behörde. Die Auflösungsbehörde kann den Abert feislenen wenn sie dies für angemessen erachtet: § 23 Abs. 2 des Preußischen Gerichistos**etzin dische "U**ngemäß.

Roften in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

odrödedenmannen 1. Allgemeine Bestimmungen. red ommeneren eine

§ 2.

- (1) Schuldner der Kosten ist der Besitzer, soweit nichts anderes bestimmt ist.
- fculdner. Bei Geschäften, die nur auf Antrag vorgenommen werden, ist der Antragsteller Kosten-
- (5) Soweit eine Entscheidung der Auflösungsbehörden einem Beteiligten die Kosten auferlegt, trifft auch ihn die Zahlungspflicht.
 - (4) Im übrigen gelten die §§ 2 bis 5 des Preußischen Gerichtstoftengeseites sinngemäß.

begrindet erachtet und felbft Abhilfe fcofft. 3. ?

Die Gebühren werden, soweit nichts anderes bestimmt ist, nach dem Werte des Gegenstandes, auf den sich das Geschäft bezieht, berechnet. Betrifft das Geschäft ein Recht an einer Sache, so ist Bierzehnter Tag nach Ablauf des Ausgabetags: 7. Januar 1931.)

Gesetsjammlung 1930. (Ar. 13555.) Sooms 290 principalities of an resignation of rill impersing and

der Wert dieses Rechtes maßgebend. Bei Nachlaßsachen gilt § 88 des Preußischen Gerichtskosten= gesetzes sinngemäß.

Für die Wertberechnung gelten, soweit nichts anderes bestimmt ist, § 18 Abs. 2, §§ 19, 20, 22 des Preußischen Gerichtstoftengesetzes.

§ 5.

- (1) Soweit die Gebühren nach dem Werte eines Vermögens zu berechnen sind, sind der Berechnung des Wertes des Vermögens die Einheitswerte nach dem Reichsbewertungsgesetze vom 10. August 1925 (Reichsgesetzbl. I S. 214) für das landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Bermögen, das Betriebsvermögen und das Grundvermögen zugrunde zu legen. Maßgebend sind die Einheitswerte, die für den Zeitpunft, welcher für die Wertberechnung ent= scheidend ift, gelten. Der Wert des sonstigen Bermögens ift nach freiem Ermessen festzuseten. Gemeinnütige Einrichtungen bleiben bei der Berechnung des Wertes außer Betracht. Das gleiche gilt von Berforgungsmaffen, soweit ihre Erträge nicht dauernd dem Besitzer zukommen. Einrichtungsgegenstände von Gebäuden und Gegenstände von fünstlerischem, wissenschaftlichem oder geschichtlichem Werte kommen nur zum Ertragswert in Ansatz, soweit sie nicht in den Einheits= werten einbegriffen sind.
 - (2) Ein Schuldenabzug ift nur in den in dieser Berordnung vorgesehenen Fällen zuläffig.
- (3) Ift der nach Abs. 1 für die Berechnung des Wertes des Bermögens maßgebende Einheits= wert noch nicht festgestellt, so gilt der für den zulest abgelaufenen Feststellungszeitraum festgestellte Einheitswert, sofern sich nicht der Bestand des Bermögens inzwischen erheblich geändert hat. Im letteren Falle ist der Ertragswert von der Auflösungsbehörde nach freiem Ermessen zu ermitteln und der Berechnung des Wertes des Vermögens zugrunde zu legen. Das gleiche gilt, wenn der Zahlungspflichtige nachweist, daß der Einheitswert den nach dem Durchschnitte der Wirtschafts= ergebniffe der letten drei Sahre ermittelten Ertragswert erheblich übersteigt.
- (4) Die Bestimmungen der vorstehenden Absätze gelten nicht, soweit es sich um Veräußerungen gegen Entgelt handelt. Borschriften des III. Abschnitts (§§ 5.5 bese 57) dieser Berordnung

Bei Versorgungsansprüchen ist der Wert des Rechtes auf die wiederkehrenden Leistungen auf den Betrag des einjährigen Bezugs zu berechnen, falls nicht der Gesamtbetrag der geforderten Leistungen geringer ift. burgerliche Rechtsftreitigkeiten, die der ordentschen streitigen Gerichtsba

Die Feftschung des Wertes erfolgt gebührenfrei durch den Schriftführer der Auflösungs= behörde. Die Auflösungsbehörde kann den Wert festsetzen, wenn sie dies für angemessen erachtet; § 23 Abs. 2 des Preußischen Gerichtskostengesetzes gilt finngemäß.

Roften in Lingelegenheiten ges freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Die Berechnung der Koften erfolgt durch den Schriftführer der Auflösungsbehörde.

8 9.

Wertfestigung und Kostenansat können durch den Borsitzenden der Auflösungsbehörde im Aufsichtswege geändert werden, soweit nicht darüber bereits die Auflösungsbehörde entschieden hat. § 25 des Preußischen Gerichtstoftengesetzes gilt sinngemäß. (4) Soweit eine Enkschung der Austölopasbehörden einem Beteiligten die Rosten auserlegt,

Iber Erinnerungen des Zahlungspflichtigen oder der Staatstaffe gegen Wertfestfetjung und Rostenansatz entscheidet die Auflösungsbehörde, sofern nicht der Schriftführer die Erinnerung für begründet erachtet und selbst Abhilfe schafft, gebührenfrei.

Die Gebühren werden, inweit nichts a. 11. g befinnnt ift, nach dem Nexte des Begenftandes Gegen die Wertfostseing des Auflösungsamts und gegen dessen Entscheidung über Erinnerungen nach § 10 steht dem Zahlungspflichtigen und der Staatskasse die sofortige Beschwerde an das Landesamt für Familiengüter zu. Die Entscheidung des Landesamts ist endgültig.

(2) Die zur Erhebung tommeradien St.2.1 & werben nach den für Gerichtenstempel

Die Rechte der Staatskaffe nimmt der Leiter des Rechnungsamts des Oberlandesgerichts, an dessen Sipe das Auflösungsamt sich befindet, wahr. Die mit der sofortigen Beschwerde ansecht= baren Beschlüsse des Auflösungsamts sind ihm vom Schriftführer zuzustellen. Zustellungen an den Leiter des Rechnungsamts erfolgen durch Vorlegung der Urschrift des zuzustellenden Schrift= ftücks. Wenn mit der Zustellung der Lauf einer Frist beginnt, so ist der Tag der Vorlegung von dem Leiter des Rechnungsamts auf der Urschrift zu vermerken.

7

Für die Gebührenfreiheit, die Niederschlagung, die Fälligkeit, die Nachforderung, den Ansat, die Verjährung und die Einziehung von Rosten und die Wiedereinziehung überhobener Beträge gelten die §§ 7 bis 17, § 136 des Preußischen Gerichtskostengesetzes sinngemäß.

av 1684 interest \$ 14.

- (1) Bei Geschäften, die nur auf Antrag vorzunehmen sind, kann vom Antragsteller ein zur Deckung der Kosten hinreichender Vorschuß erhoben werden, soweit nicht im § 36 eine andere Regelung getroffen ift.
- (2) Die Auflösungsbehörde kann die Vornahme der Handlung von der Zahlung des für die baren Auslagen geforderten Vorschusses abhängig machen, sofern nicht die Verzögerung dem Antragsteller einen unersetzlichen Nachteil bringen würde.

(a) Als beendigt gill das Auflöjungsber 15. 19 in dem Zeitnurth, in beleben, die Kamilione

Ein Vorschuß wird nur insoweit zurückbezahlt, als er den bei Beendigung des Geschäfts in Ansat kommenden Betrag an Gebühren und Auslagen übersteigt.

Cabilly & the Womakicatha ber § 16. has a such and the

Die Aushändigung von Ausfertigungen und von Abschriften sowie die Rudgabe vorgelegter Urkunden können von der vorherigen Zahlung der Kosten und Stempelabgaben abhängig gemacht werden.

§ 17.

über Erinnerungen gegen Anordnungen nach § 14 Abs. 2 und § 16 wird im Aufsichtswege entschieden. Indiana nation was allering ford tourist adiabaticumus of

Werte des Vernigens hiter Abrus der im .81 g dbuch eingerrogenen, auf den Siamme des

Volle Gebühr im Sinne dieses Abschnitts ift die im § 32 des Preugischen Gerichtskoftengesetzes bestimmte Gebühr. I mo nonod ist magainrausung usta modification, ist (2)

- (1) Der Mindestbetrag einer Gebühr ist zwei Reichsmark.
- (2) Pfennigbeträge, welche ohne Bruch nicht durch zehn teilbar find, find auf volle zehn Reichspfennige aufzurunden. wolld amilialfull enillianen für anentoteell sed nurelanell von sod

§ 20.

Für die Erhebung von Auslagen gelten die §§ 109 bis 112, § 114 des Preußischen Gerichtstoftengesetes sinngemäß. Für Tagegelder und Fahrtoften gelten die Bestimmungen über Reisetoften in Staatsdienstangelegenheiten. Die Mitglieder der Auflösungsämter beziehen die Gate der Besoldungsgruppe A 2 b und die des Landesamts die Sate der Besoldungsgruppe A 1 a des Preußischen Besoldungsgesetzes, soweit sie nicht einer höheren Besoldungsgruppe angehören oder angehört haben.

§ 21.

(1) Eine Erhebung von Stempeln und anderen Abgaben neben den Gebühren findet nicht ftatt. § 2 Abs. 2 und 3 des Deutschen Gerichtskostengesetzes gilt entsprechend.

(2) Die zur Erhebung kommenden Stempel werden nach den für Gerichtskoftenstempel geltenden Vorschriften behandelt. Die §§ 29 und 30 des Preußischen Gerichtskoftengesetzes finden mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß über Einwendungen und Beschwerden, welche die Festsetzung des für die Stempelberechnung maßgebenden Wertes oder den Anfat von Stempel= beträgen betreffen, nach den §§ 7 bis 12 dieser Berordnung entschieden wird.

2. Die einzelnen Gebühren.

a) Allgemeine Verfahrensgebühren.

Bir die Gebillrenfreibeit, die Riederlatige. die Kälfigfeit, die Rachigrderung ben Als allgemeine Verfahrensgebühren werden erhoben:

- 1. Die Aufsichtsgebühr; angigenersatischen Gentlichen Berteit 2 71 gid 7 22 sid notige
- 2. die Auflösungsgebühr;
 - 3. die Beschwerdegebühr.

Dechma der Kosten binreichender Be. Kriftichtsgebühr. Be eine andere

§ 23.

- (1) Die Aufsichtsgebühr umfaßt die gesamte Tätigkeit der Auflösungsbehörde bis zur Beendigung des Auflösungsverfahrens, soweit nicht für einzelne Geschäfte besondere Gebühren vorgesehen sind.
- (2) Als beendigt gilt das Auflösungsverfahren in dem Zeitpunkt, in welchem die Familienguts= oder Hausgutseigenschaft in den Grundbüchern oder anderen öffentlichen Büchern und Registern gelöscht wird oder, falls es einer solchen Löschung nicht bedarf, in dem Zeitpunkt, in welchem das Verfahren völlig durchgeführt ist.

\$ 24.

Die Aufsichtsgebühr wird bei jedem Familiengut oder Hausbermögen am Schluß eines jeden Kalenderjahrs erhoben. Das angefangene Kalendervierteljahr wird sowohl am Anfang als auch am Ende der Beaufsichtigung voll gerechnet.

Aber Erinnerungen gegen Anordnungen 2508) § 14 Abf. 2 und § 16 wird im Auffichtenege

- (1) Die Auffichtsgebühr beträgt drei Zehnteile der vollen Gebühr, berechnet nach dem Werte des Vermögens unter Abzug der im Grundbuch eingetragenen, auf dem Stamme des Vermögens ruhendem Schulden und Lasten. ni seinwirde solsid sinis nei edildell sing
- (2) Bei Familiengütern oder Hausbermögen, bei benen am 1. Januar 1934 ein Verfahren auf freiwillige Auflösung nicht schwebt, erhöht sich von dem genannten Tage an die Aufsichts: gebühr auf den Betrag der vollen Gebühr. Wenn bei einem Familiengut oder Hausvermögen nach dem 1. Fanuar 1934 ein Verfahren auf freiwillige Anflösung beendet wird, ohne daß das Bermögen frei wird, fo tritt die gleiche Erhöhung der Aufsichtsgebühr ein, und zwar vom Beginn des der Beendigung des Berfahrens auf freiwillige Auflösung folgenden Kalenderjahrs.

§ 26.

Bom Beginn des der Auflösung (§§ 12, 40, 43 des Familiengütergesehes - Fam G. -§§ 28, 29 Abf. 3, §§ 40, 42 Abf. 5, §§ 49, 56, 64, 247, 250, 262, 265 des Zwangsauflöfungsgesetzes — Zwald. —) folgenden Kalenderjahrs bis zum Schluß des Kalendervierteljahrs, in welchem das Auflösungsverfahren als beendigt gilt (§ 23 Abs. 2), wird die Aufsichtsgebühr (§ 25 Abs. 1 oder § 25 Abs. 2) nur zur Hälfte erhoben.

\$ 27.

Bei Geldfideikommissen darf die Aufsichtsgebühr 10 vom Hundert der Einkunfte, die nach Berichtigung der Berwaltungsfosten verbleiben, nicht übersteigen. 2 and 8 dem E 1618 & 3 attail

Die Auflösungsgebühr.

wie an Bei Samifibeitommiffen, Geldfibeitom82fign und Bernögen, Die wie Geldfibeitommiffe

- (1) Die Auflösungsgebühr umfaßt die gesamte Auflösungstätigkeit der Auflösungsbehörde, soweit nicht für einzelne Geschafte besondere Gebühren vorgeschen sind.
- (2) Zur Auflösungstätigkeit gehören auch die Sicherungsmaßnahmen der Auflösungsbehörden aus Anlaß der Auflösung.

\$ 29.

- (1) Bei Familiengütern und Hausbermögen, die freiwillig aufgelöft werden, beträgt die Auflösungsgebühr dreißig Zehnteile der vollen Gebühr. Wenn der Antrag auf freiwillige Auflösung in der den Erforderniffen des § 4 Abf. 2 Fam GG. entsprechenden Weise vor dem 1. Oftober 1932 gestellt wird, so ermäßigt sich die Auflösungsgebühr auf fünfzehn Zehnteile der vollen Gebühr. Die Ermäßigung auf zwanzig Zehnteile der vollen Gebühr tritt ein, wenn der Antrag in gleicher Weise vor dem 1. Januar 1934 gestellt wird.
- (2) Bei Samtfideikommiffen, die nach den §§ 42 oder 45 des Zwall. aufgehoben werden, beträgt die Auflösungsgebühr fünfzehn Zehnteile der vollen Gebühr. Bei Samtfideikommiffen, die nach §§ 44, 45 Zwall. in eine Stiftung umgewandelt werden, wird neben der im Sat 1 bestimmten Gebühr die Gebühr des § 48 erhoben burne rodo nefrodred giffoligen als edrocidell

- (1) Bei Familiengütern und Hausbermögen, die nicht freiwillig aufgelöst werden, beträgt die Auflösungsgebühr vierzig Zehnteile der vollen Gebühr und, wenn der Zeitpunkt der Auflösung (§§ 28, 247 ZwUG.) erft nach dem 1. Fannar 1936 eintritt, fünfzig Zehnteile der vollen Gebühr.
- (2) Wird ein Familiengut oder Hausbermögen infolge Verzichts des Besitzers vor dem 1. Januar 1933 freies Vermögen, so ermäßigt sich die Auflösungsgebühr auf zwanzig Zehnteile ber vollen Gebühr. Eine Ermäßigung der Auflösungsgebühr auf fünfzehn Zehnteile der vollen Gebühr tritt ein, wenn bei einem Familiengut oder Hausvermögen, das nach den §§ 8, 247, 250 Zwas. erloschen ift, infolge vertragsmäßiger Regelung der Rechte der Unwärter oder Anfall= berechtigten (§§ 10 ff., 247, 250 ZwAG.) die Beschränfung des letten Besitzers nach Art eines Das Landesamt tann die Gebühren nach 28 37, 38 aus Billigfelis thirtnis thin nedrord anordnen, daß von ihrer Erhebung abzusehen .16 ?

Bei Zwerggrundfideikommissen und Anteilen an Samtsideikommissen, die wie Zwerggrundfideikommisse aufzuheben sind, beträgt die Auflösungsgebühr bei freiwilliger Auflösung zehn Zehnteile, andernfalls fünfzehn Zehnteile der vollen Gebühr.

§ 32.

Bei Familiengütern und Hausvermögen, bei denen die freiwillige allmähliche Auflösung rechtskräftig beschlossen und, soweit erforderlich, genehmigt worden ist, wird eine Auflösungsgebühr weder im Falle des Freiwerdens nach den Vorschriften der §§ 260 ff. des Zwall. noch bei nachträglicher freiwilliger sofortiger Auflösung erhoben. roda nojvagrad pillälugru Ela (hundfuld) rod

\$ 33.

Die Auflösungsgebühr wird nach bem Werte des Vermögens berechnet. Bei freiwilliger Auflösung und in den Fällen der § 29 Abs. 1, §§ 42, 44, 45, 247 3wAG. ist der Wert des Bermögens im Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens auf freiwillige Auflösung oder Aushebung maßgebend. Im übrigen ist der Wert des Bermögens im Zeitpunkt der Auflösung (§§ 28, 247, 250 ZwAG.) der Berechnung der Auflösungsgebühr zugrunde zu legen. (1) Kür die Aufnohme von Familienschliffen wird die volle Gehilbr erhoben

(2) Wird ein Familienschluß vor sein. 88 genationing ober

Die Auflösungsgebühr wird fällig in dem Zeitpunkt, in welchem der Fideikommisauflösungsichein und, wenn ein Fideifommigauflösungsschein nicht erteilt wird, in dem Zeitpunkt, in dem die das Auflösungsverfahren abschließende Entscheidung der Auflösungsbehörde rechtswirtsam wird.

§ 35.

Bei Samtsideikommissen, Geldsideikommissen und Vermögen, die wie Geldsideikommisse aufgelöst werden (§ 50, § 54 Abs. 2, §§ 247, 251 ZwAG.), wird die Auflösungsgebühr nach dem Werte des jeweils freiwerdenden Teiles im Zeitpunkt seines Freiwerdens oder, wenn das Freiwerden nicht kraft Gesetzes eintritt, im Zeitpunkt der Einleitung des Ausbebungsversahrens erhoben. Die Gebühr wird fällig in dem Zeitpunkte des Freiwerdens der einzelnen Teile.

§ 36.

Bei Beginn der Sperrfrist (§ 129 Abs. 1 ZwAG.) ist als Gebührenvorschuß die Hälste der zur Erhebung gelangenden Auflösungsgebühr zu erheben. Wenn eine Sperrfrist nicht eintritt, ist der gleiche Gebührenvorschuß bei der Einleitung des Versahrens auf freiwillige Auflösung oder Aushebung zu erheben.

Die Beschwerdegebühr.

(2) Bei Samtfibeifonmillen, die nach 3.78 §\$ 42 oder 45 des Rolls, aufgehaben werden

Für die Entscheidung einschließlich des vorangegangenen Verfahrens in der Beschwerdesinstanz werden als Beschwerdegebühr fünf Zehnteile der vollen Gebühr erhoben, soweit die Beschwerde als unzulässig verworsen oder zurückgewiesen wird oder die Kosten des Versahrens einem Gegner zur Last fallen. Soweit dies nicht der Fall ist, werden keine Gebühren erhoben.

(1) Bei Kamiliengütern und Kausbern 88 & die n icht freiwillig aufgelöft werden, betragt

Als Beschwerdegebühr werden nur zwei Zehnteile der vollen Gebühr erhoben, wenn die Beschwerde, bevor über sie eine Entscheidung getroffen worden ist, zurückgenommen wird oder sich auf sonstige Weise erledigt. Betrifft die Zurücknahme oder Erledigung nur einen Teil des Beschwerdegegenstandes, während über einen anderen Teil entschieden wird, so ist die Gebühr des Sațes 1 nur insoweit zu erhoben, als die Beschwerdegebühr sich erhöht haben würde, wenn die Entscheidung sich auch auf den zurückgenommenen oder erledigten Teil erstreckt hätte.

§ 39.

Das Landesamt kann die Gebühren nach §§ 37, 38 aus Billigkeitsgründen ermäßigen oder anordnen, daß von ihrer Erhebung abzusehen ist.

Verweist das Landesamt eine Sache zur anderweitigen Verhandlung an das Auflösungsamt zurück, so gilt die Fortsetzung des Verfahrens vor dem Auflösungsamte für die Gebührenerhebung nicht als neues Verfahren.

Build and fould be under the country of the same of \$41. The country of the count

- (1) Für das Verfahren über den sofortigen Einspruch gegen eine Entscheidung des Vorssitzenden des Auslösungsamts (§ 239 ZwAG.) wird ein Zehnteil der vollen Gebühr erhoben, wenn der Einspruch als unzulässig verworfen oder zurückgewiesen wird oder die Kosten des Verfahrens einem Gegner zur Last fallen.
- (2) Das Auflösungsamt kann aus Billigkeitsgründen die Gebühr ermäßigen oder anordnen, daß von ihrer Erhebung Abstand genommen wird.

b) Beurfundungsgebühren.

§ 42.

(1) Für die Aufnahme von Familienschlüssen wird die volle Gebühr erhoben.

(2) Wird ein Familienschluß vor seiner Bestätigung oder Genehmigung abgeändert oder ergänzt, so wird hierfür eine Gebühr nicht erhoben, wenn der Gegenstand, auf den sich der Familienschluß bezieht, nicht erweitert wird. Bei Erweiterung des Gegenstandes erhöht sich die Gebühr für die Aufnahme des ursprünglichen Familienschlusses entsprechend dem Werte der Erweiterung.

§ 43.

- (1) Die Aufnahme von Familienschlüssen zur freiwilligen Auflösung und die Aufnahme von Beschlüffen nach §§ 42, 44 ZwUG. ist gebührenfrei. Enthält der Familienschluß oder der Beschluß nach §§ 42, 44 Zwas. Bestimmungen, die mit der freiwilligen Auflösung des Familienguts oder Hausvermögens nicht in Zusammenhang stehen, so ist insoweit die Gebühr des § 42 zu erheben.
- (2) Gebührenfrei ift auch die Aufnahme von Familienschlüssen, die erforderlich sind, um einen früheren Familienschluß, der die Fortgeltung der bisherigen Auflösungsbestimmungen zur Boraussetzung hat, mit den Bestimmungen des Gesetzes über Anderungen der zur Auflösung der Familiengüter und der Hausvermögen ergangenen Gesetze und Verordnungen vom 22. April 1930 in Einklang zu bringen. wardengerlime Fanis find ande gedröckedennifaffull roc die Auflicht über die Berwaltung eines Grundftuds ob, so werden bierfur geben der Aufsichts-

gebuldt (85 23 ff.) jahrlich zwei Jehneile der b. 44 & seundt, berechnet nach dem Werte des Grund-

Für die Aufnahme eines Vertrags zur Regelung der Rechte der Anwärter oder Anfall= berechtigten (§§ 10 ff. ZwAG.) werden zwanzig Zehnteile der vollen Gebühr erhoben. § 42 Abf. 2 gilt finngemäß.

and amodian initial immediates and pour \$ 45. and them sid monthly in the contract of the cont

Im übrigen gelten für die Rosten der beurkundenden Tätigkeit der Auflösungsbehörden die §§ 33 bis 41 Abf. 1, § 47 Biff. 1 und 2, §§ 48, 50, 51, 52, 53 des Preufischen Gerichtskoftengesetes finngemäß. Als Bescheinigungen im Sinne des § 47 Ziff. 1 des Preußischen Gerichtskostengesetes gelten nicht Folgezeugnisse sowie Bescheinigungen, die in einem gebührenpflichtigen Berfahren erteilt werden. Für die im Verfahren über die Erteilung von Folgezeugniffen eingereichten eides= stattlichen Versicherungen wird die Gebühr des § 47 Ziff. 2 des Preußischen Gerichtskostengesetzes nicht erhoben. Für die Aufnahme von Vergleichen im Verfahren vor den Auflösungsbehörden wird eine Beurkundungsgebühr nicht erhoben, soweit der Inhalt des Vergleichs nicht über den Gegenstand des Verfahrens hinausgeht.

c) Sonstige Gebühren.

§ 46.

Für Pflegschaften, mit Ausnahme der im § 50 Abs. 2 Ziff. 1 und 2 bezeichneten, wird die volle Gebühr erhoben. Ift die Einleitung der Pflegschaft zur Herbeiführung der freiwilligen Auflösung des Familienguts oder Hausvermögens erforderlich, so ermäßigt sich die Gebühr auf zwei Zehnteile der vollen Gebühr, sofern die freiwillige Auflösung vor dem 1. Oktober 1932 in der den Erfordernissen des § 4 Abs. 2 Fam GG. entsprechenden Weise beantragt ift. Eine Ermäßigung auf fünf Zehnteile der vollen Gebühr tritt ein, sofern die freiwillige Auflösung in gleicher Weise vor dem 1. Januar 1934 beantragt ift.

siedig sod gmulletu and cham gruproim & 47. Für die Bestellung bon Vertretern bei einem Camtfideikommisse durch die Auflösungs= behörde (§ 34 Abf. 1, §§ 35, 38 ZwAG.) wird eine Gebühr von zwei Zehnteilen der vollen Gebühr erhoben. gegendelt sie alladnod achunglind volligent rodde nordolieft mu ichin dell da tisaki Der beaufpruchten Alejindung eder Berjargung 3.84 & beaufpruchten bei Berjargung 3.84 &

- (1) Für die Errichtung von Stiftungen in den Fällen der §§ 44, 45, 99 Abf. 1 Zwas. und die Anderung der Stiftungssatzung im Falle des § 97 Sat 2 3mal. wird die volle Gebühr erhoben. Wird im Falle des § 99 Abs. 1 ZwAG. die Stiftung auf Grund eines Familienschlusses errichtet, so wird die Errichtungsgebühr nicht erhoben.
- (2) Im übrigen gelten hinsichtlich aller der Aufsicht der Auflösungsbehörden unterstehenden Stiftungen die Borschriften der SS 94, 95 des Preußischen Gerichtskoftengesetzes sinngemäß.

\$ 49.

- (1) Im Verfahren der Familiengutsverwaltung (§ 14 Abs. 2, §§ 16 ff. FamGG., § 129 Abs. 2, § 149 ZwAG.) und im Verfahren der Sequestration (§ 229 ZwAG.) werden neben der Aufsichtsgebühr (§§ 23 ff.) für jedes Verwaltungsjahr fünf Zehnteile der vollen Gebühr erhoben. Die Gebühr ist in derselben Weise wie die Aufsichtsgebühr zu berechnen. Der Tag der Anordnung der Familiengutsverwaltung gilt als erster Tag eines jeden Verwaltungsjahrs. Die Gebühr ist dis zum Ende des Verwaltungsvierteljahrs zu erheben, in welchem die Familiengutsverwaltung oder die Sequestration aufgehoben wird. Ist mit der Familiengutsverwaltung ein Schuldentilgungsversahren verbunden, so erhöht sich für die nach Sat 3 und 4 zu berechnende Dauer des Schuldentilgungsversahrens die Gebühr um fünf Zehnteile der vollen Gebühr.
- (2) Liegt der Auflösungsbehörde, ohne daß eine Familiengutsverwaltung angeordnet ift, die Aufsicht über die Verwaltung eines Grundstücks ob, so werden hierfür neben der Aufsichtssgebühr (§§ 23 ff.) jährlich zwei Zehnteile der vollen Gebühr, berechnet nach dem Werte des Grundstücks nach Abzug der im Grundbuch eingetragenen Schulden und Lasten, erhoben. Das angefangene Kalendervierteljahr wird sowohl am Ansang wie am Ende der Beaufsichtigung voll gerechnet.

§ 50.

- (1) Für die Verrichtungen, die nach der Erteilung des Fideikommikauflösungsscheins den Auflösungsbehörden an Stelle des Nachlaß= oder des Vormundschaftsgerichts obliegen (§§ 27, 247, 262 Abs. 4 ZwAG.), werden Gebühren nach den sinngemäß geltenden Vorschriften des 5. und 6. Abschnitts des Preuhischen Gerichtskostengesetzes erhoben, soweit sich aus dem nachstehenden Absahen nichts anderes ergibt.
 - (2) Es werden erhoben:
 - 1. für Pflegschaften zur Wahrnehmung der Rechte des Nacherben (§ 17 Abs. 2 ZwAG.) fünf Zehnteile der vollen Gebühr, berechnet nach dem Werte des Vermögens unter Abzug der im Grundbuch eingetragenen auf dem Stamme des Vermögens ruhenden Schulden und Lasten. Erstreckt sich die Pflegschaft über mehrere Jahre, so wird die Gebühr für jedes Jahr erhoben. Für die Verechnung der jährlichen Gebühr gelten die Vorschriften des § 49 Abs. 1 Sat 2 und 3 dieser Verordnung;
 - 2. für Pflegschaften nach § 17 Abs. 4 ZwAG. die volle Gebühr. Die Wertberechnung erfolgt nach § 22 Abs. 1 des Preußischen Gerichtskostengesetzes. Die Vorschriften des Abs. 2 Jiff. 1 Sat 2 und 3 gelten entsprechend;
 - 3. für die Erteilung, Einziehung oder Kraftloserklärung eines Zeugnisses über das Recht des Nacherben (§ 17 Abs. 3 ZwAG.) die Hälfte der Gebühren, die nach § 78 des Preußisschen Gerichtskoftengesetzes für die entsprechenden Geschäfte beim Erbschein zu erheben sind;
 - 4. für die Ersetzung der Einwilligung des Nacherben zur Vornahme eines Rechtsgeschäfts die volle Gebühr.

§ 51

Im Verfahren über die Absindung oder eine Versorgung nach der Erteilung des Fideistommikauflösungsscheins oder der diesem gleichstehenden Entscheidung der Auflösungsbehörde (§ 65 Abs. 2, §§ 87, 88, 247, 250, 260, 264 ZwUG.) werden fünf Zehnteile der vollen Gebühr erhoben, soweit es sich nicht um Verfahren über streitige Ansprüche handelt. Die Gebühr ist nach dem Werte der beanspruchten Absindung oder Versorgung zu berechnen.

(1) Für die Errichtung von Stiftungen i.27ez Fällen der SS 44, 45, 99 266, 1 Zwall. und

- (1) Im Verfahren über Anträge nach den §§ 167 bis 169 ZwAG. werden fünf Zehnteile der vollen Gebühr erhoben. Das Verfahren ist gebührenfrei, soweit es auf Antrag der Forstaufsichtssbehörde eingeleitet worden ist.
- (2) Die Vorschriften gelten entsprechend, wenn sich das Verfahren auf ein Wein=, Deich= oder Landgut bezieht (§ 174 Abs. 3, § 175 ZwAG.).

faseibung eine mündliche Berhandlung nicht an. 8 8 met war. Das Berfahren über den sovrigen

- (1) Die Aufnahme und die Annahme von Gesuchen, Anträgen oder Beschwerden erfolgen gebührenfrei.
- (2) Soweit nicht besondere Vorschriften getroffen sind, werden im Falle der Zurücknahme eines Antrags, bevor auf ihn eine Entscheidung ergangen ist oder die beantragte Verhandlung stattgefunden hat, zwei Zehnteile der vollen Gebühr, höchstens jedoch zwanzig Reichsmark, für die Zurückweisung eines unbegründeten oder unzulässigen Antrags fünf Zehnteile der vollen Gebühr, höchstens jedoch fünfzig Reichsmark, erhoben.
- (3) Wird ein Familienschluß über die freiwillige Auflösung nicht bestätigt oder nicht genehmigt, oder wird der Antrag auf Aufnahme eines solchen Familienschlusses zurückgewiesen, so werden fünf Zehnteile der vollen Gebühr, berechnet nach dem Werte des Vermögens, erhoben.
- (4) Die Auflösungsbehörde kann die Gebühren der Abs. 2 und 3 aus Billigkeitsgründen ermäßigen oder anordnen, daß von ihrer Erhebung abzusehen ist.

madabidate + § 54. mailan ale

Es kommen ferner zur entsprechenden Anwendung:

- 1. die Vorschriften der §§ 84 bis 86 des Preußischen Gerichtskoftengesetzes für das Auseinandersetzungsversahren über die Anteile eines Samtsideikommisses nach § 41 ZwUG.;
- 2. die Vorschriften des § 101 des Preußischen Gerichtskostengesetzes im Verfahren zur Berhängung von Ordnungsstrafen;
- 3. die Vorschriften des § 106 Abs. 1 und des § 107 des Preußischen Gerichtskostengesetzes hinsichtlich der Erteilung beglaubigter Abschriften aus den Akten der Auflösungsbehörde und der Vereitlung von Terminen;
- 4. die Vorschriften des § 33 Ziff. 6 des Deutschen Gerichtskoftengesetzten Ausgebotsverfahren nach § 147 ZwAG. In den Fällen der §§ 43, 64 Abs. 3, §§ 142, 247, 251 ZwAG. ist nur die Hälste der Sätze des § 33 Ziff. 6 des Deutschen Gerichtskostengesetzten zu erheben;
 - 5. die Vorschriften des Deutschen Gerichtskostengesetzes im Vollstreckungsverfahren, soweit in dieser Verordnung keine besondere Gebühr angeordnet ist (§ 49 Abs. 1). Für die Entscheidung über die Erteilung einer vollstreckbaren Aussertigung, von Zeugnissen über die Rechtskraft und über Festsetzung der einem Beteiligten zu erstattenden Kosten wird eine Gebühr nicht erhoben.

III. Abschnitt.

Roften im Verfahren über ftreitige Unsprüche und im Fideitommigtontursverfahren.

§ 55.

- (1) In dem Verfahren über streitige Ansprüche (§ 1 Abs. 2 Sat 2) und im Fideikommißkonkursversahren werden Kosten nach Maßgabe der sinngemäß anzuwendenden Vorschriften des § 115 des Preußischen Gerichtskostengesetzes und des Deutschen Gerichtskostengesetzes über Kosten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und im Konkursversahren erhoben.
- (2) An die Stelle der §§ 4, 18 und 19 des Deutschen Gerichtskostengesetzes treten die Vorschriften der §§ 7 bis 12 dieser Verordnung. Bei der Berechnung des Wertes des Streitgegenstandes sinden die §§ 5 und 6 dieser Verordnung entsprechende Anwendung. Die Vorschriften des § 20 Sat 2 und 3 und des § 21 Abs. 2 dieser Verordnung gelten sinngemäß.

die Genehmigungen ber Kor. 65 globeliebe berbem nachfebenden Gebildren

Beschlüsse der Auflösungsbehörden oder ihrer Vorsitzenden, die eine Entscheidung enthalten, welche im ordentlichen Rechtsstreite nur in Form eines Urteils ergehen könnte, stehen kostenrechtlich den Urteilen gleich. Die Urteilsgebühr wird jedoch nur zur Hälfte erhoben, wenn vor der Ents

scheidung eine mündliche Berhandlung nicht angeordnet war. Das Berfahren über den sofortigen Einspruch (§ 239 ZwUG.) bilbet mit dem voraufgegangenen Berfahren eine Instanz. Das Berfahren über einstweilige Unordnungen steht hinfichtlich der Rosten dem Verfahren über einstweilige Verfügungen gleich.

times Universe Bedor out this eine Controvoung. 57. & non tit over die beautragte Berban

Die sofortige Beschwerde an das Landesamt gilt kostenrechtlich als Berufung, sofern die Beschwerbe sich gegen eine Entscheidung des Auflösungsamts richtet, die im ordentlichen Rechtsstreite nur in Form eines Urteils ergehen könnte. Das Berfahren bor dem Landesamt über eine solche Beschwerbe gilt als Verfahren in der Berufungsinstanz. In allen anderen Fällen werden im Beschwerdeverfahren vor dem Landesamte dieselben Kosten erhoben wie im Beschwerdeversahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und im Konkursversahren. § 39 findet Anwendung.

Teil B.

Die Roften anderer Behörden. Es tommen ferner zur entsprechenben 20mmen

Die Vorschriften dieser Verordnung sind auch dann anwendbar, wenn in den durch die Berordnung betroffenen Angelegenheiten an Stelle der Auflösungsbehörden ein Gericht tätig wird.

\$ 59.

- (1) Für Verrichtungen, die die Auflösungsgesetze Gerichten übertragen, werden Kosten nach Maßgabe der für Verrichtungen gleicher Art geltenden Gerichtskoftengesetze erhoben. Die Gebührenfate des § 50 Abs. 2 dieser Verordnung gelten auch für die Gerichte.
- (2) Für die Kosten im Verfahren über die Erteilung eines Gutsfolgezeugnisses (§ 165 Abs. 3 Sat 4, § 174 Abs. 3, § 175 Abs. 1 Zwal.) gelten die Vorschriften des Preufischen Gerichts. toftengesetzes hinsichtlich der Kosten im Verfahren über die Erteilung eines Erbscheins sinngemäß.
- 5. die Vorschriften des Deutschen Gerichtslostengesches im : mit Bentimen (8) Gebührenfrei find:
- 1. die Löschung der Familienguts= oder Hausgutseigenschaft in den Grundbüchern und anderen öffentlichen Büchern und Registern:
 - 2. die Eintragung eines Schutforstes, eines Wald-, Wein- oder Deichguts und die Eintragung von Vermerken im Sinne des § 162 Abf. 2 Sat 3 und § 163 Abf. 1 Sat 2 3mA(G):
 - 3. die Löschung der unter Ziff. 2 bezeichneten Eintragungen und die Löschung des Landgutsbermerfs, saimmosiscist mi dur schligenitge Lincitige Lincipalities im Sibricanian Berfahren gutsbermerfs,

§ 60.

Für Berrichtungen, die die Auslösungsgesetzgebung anderen Verwaltungsbehörden als den Auflösungsbehörden überträgt, werden Kosten nach Maßgabe der Kostenvorschriften erhoben, die für diese Behörden bei Geschäften gleicher Art gelten. Das Gesetz über staatliche Verwaltungs= gebühren vom 29. September 1923 (Gesetsfamml. S. 455) in Berbindung mit der Verwaltungs= gebührenordnung vom 30. Dezember 1926 (Gesetssamml. S. 327) gilt mit den sich aus § 61 ergebenden Ergänzungen.

figden die §§ 5 und 6 dieser Berordnung ent 16 gende Anwendung. Die Borschriften des § 20

- (1) Für die Rosten der staatlichen Forstaufsicht ist § 159 3mach. maßgebend.
- (2) Für die Genehmigungen der Forstaufsichtsbehörde werden nachstehende Gebühren Beschlüsse der Anflöhungsbehörben ober ihrer Vorsikerden, die eine Enscheidung ":nedodre
- 1. für die Genehmigung zur Veräußerung eines Schutforstes oder eines Waldguts im ganzen oder in Teilen 1/20 vom Hundert des Kaufpreises einschlieflich des Wertes der aus-

bedungenen Leistungen und vorbehaltenen Nutzungen oder des Grundstückswerts, falls ein Kaufpreis nicht in Frage kommt oder der Kaufpreis geringer ist als der Grundstückswert:

- 2. für die Genehmigung zur Teilung des zu einem Schutforst oder einem Waldgute gehörenden Grundbesitzes die Sälfte der Gebühr nach Ziff. 1;
- 3. für die Genehmigung zur Zuschlagung von Grundbesitz zu einem Schutforst oder Waldgut 1/10 bom hundert des Wertes des zuzuschlagenden Grundbesites. Werden einem Schutzforft oder einem Waldgute Waldgrundstücke, oder Grundstücke, die unmittelbar den Zweden der Forstwirtschaft dienen (3. B. Grundstüd mit Försterwohnung, Förster= dienstland), zugeschlagen, so wird die Gebühr nicht erhoben.
- (3) Bei der Berechnung des Wertes findet § 5 dieser Verordnung Anwendung.
- (4) Die borstehenden Borschriften gelten sinngemäß bei Wein-, Deich- ober Landgütern.

HOL 88) restricted and Berefind der Rechen 29 ger America der Berefinden (88 10 H.

Soweit Verwaltungsbehörden nach den Bestimmungen der Auflösungsgesetze bor einer Entscheidung der Auflösungsbehörden zu hören sind oder gehört werden können, werden bei den Berwaltungsbehörden besondere Gebühren nicht erhoben. Ihre Auslagen sind den Auflösungs= behörden zwecks Einziehung mitzuteilen. -- rondow nollog von porton und fun grundigroß sid und

oder teilweise zu gleicher Zeit schweben, so dard die Alammergütung des Rechtsanwälts den Betrag einer vollen Gebühr des Artifels 3 der Landsgerigtenordnung für Rechtsanwälte und Gerichts

Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte im Verfahren vor den nad pie roften nordligtede noroduo Auflösungsbehörden, ommoerdooft vod triatus (t) im Abs. 1' bezeichneren Bersahren auch im Auflöhungsversahren und schweben die Versahren ganz oder teilweise zu gleicher Zeit, so kann der Rea. 63. Awali die Gebühren der Abs. 1 dis 3 nicht ver-

Die Vergütung des Rechtsanwalts für seine Berufstätigkeit im Verfahren vor den Auflösungsbehörden richtet sich, soweit nichts anderes bestimmt ist.

- 1. in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (§ 1 Abf. 2 Sat 1) nach den Borschriften der Landesgebührenordnung für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher,
- 2. im Verfahren über streitige Ansprüche (§ 1 Abs. 2 Sat 2) und im Fideikommißkonkurs= verfahren nach den sinngemäß anzuwendenden Vorschriften der Deutschen Gebühren= ordnung für Rechtsanwälte über die Bergütung des Rechtsanwalts in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und im Konkursversahren. bes Artifels 10 and des Artifels II der Landesgebührenordnung für Rechtsamvälle und

bellgeber. Fur den Unionit eines Komilientistes eines Berrrags int Regeling der Rechie

- (1) Für die Berechnung des Wertes des Gegenstandes, nach dem die Gebühren zu berechnen find, gelten die bei der Berechnung der Rosten der Auflösungsbehörden maßgebenden Vorschriften.
- (2) Der für die Berechnung der Gebühren der Auflösungsbehörden festgesetzte Wert ist auch für die Berechnung der Gebühren der Rechtsanwälte maßgebend. Gegen die Wertfestsetzung steht dem Rechtsanwalte selbständig die Erinnemung und die sofortige Beschwerde zu.

Aber Antrage auf Erhöhung ber Gebi.60 & nach & 65 Abl. 2 und & 66 Abl. 2 entscheiben

- (1) Für die Vertretung im Auflösungsverfahren erhält der Rechtsanwalt als Vertreter des Besiters fünfzehn Zehnteile, des nächsten Folgeberechtigten zehn Zehnteile und eines anderen Beteiligten acht Zehnteile der vollen Gebühr des Artikels 3 der Landesgebührenordnung für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher.
- (2) In befonders schwierigen Fällen oder bei besonderer Mühewaltung des Rechtsanwalts fann die Gebühr um fünf Zehnteile erhöht werden.

bedingenen Leifungen und vorbehalbe & Rusungen oder des Grandflüdenveris, falls

- (1) Fünf Zehnteile der vollen Gebühr des Artikels 3 der Landesgebührenordnung für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher erhält der Rechtsanwalt für die Bertretung des Besitzers Q. für die Genehmigung zur Teilung des zu einem Sarnistent Beteiligten: Die Ober eines anderem Beteiligten:
 - 1. im Berfahren zur Bildung eines Schutforftes, eines Bald-, Bein- oder Deichguts:
- 2. im Verfahren zur Bildung einer Stiftung; walding aus grundlich eine Sich und
- 3. im Berfahren zur Sicherung von Gegenständen von besonderem geschichtlichen, wiffenfchaftlichen oder fünstlerischen Werte, von Sammlungen und Archiven;
- 4. im Berfahren zur Erhaltung gemeinnütziger Anstalten und Einrichtungen;
 - 5. im Verfahren zur Regelung der Abfindung oder Versorgung, soweit die Ansprüche nicht 8) Bei ber Berechnung des Weries finder & Diefer Berordnung Ann; duif pitierth
- 6. im Verfahren zur Sicherung der Ansprüche der Gläubiger, soweit es fich nicht um streitige Ansprüche handelt;
- 7. im Berfahren zur Regelung der Rechte der Anwärter oder Anfallberechtigten (§§ 10 ff. Soweit Bervaltungsbehörben nach den Bestimmungen der Auflöhun; (.DLMB vor einer
- 1906 j. 8. im Verfahren der Familiengutsberwaltung. ich us nadzonadennulällule rad gnudiaditme

Borfchriffen der Deutschen Gebühren

- (2) In besonders schwierigen Fällen oder bei besonderer Mühewaltung des Rechtsanwalts kann die Bergütung auf den Betrag der vollen Gebühr erhöht werden.
- (3) Erstreckt sich die Vertretung auf mehrere der im Abs. 1 genannten Verfahren, die ganz oder teilweise zu gleicher Zeit schweben, so darf die Gesamtvergütung des Rechtsanwalts den Betrag einer vollen Gebühr des Artifels 3 der Landesgebührenordnung für Rechtsanwälte und Gerichts= vollzieher, berechnet nach dem Werte des Familienguts oder Hausbermögens, nicht überfteigen.
- (4) Bertritt der Rechtsanwalt den Besitzer oder einen anderen Beteiligten außer in den im Abs. 1 bezeichneten Verfahren auch im Auflösungsverfahren und schweben die Verfahren ganz oder teilweise zu gleicher Zeit, so kann der Rechtsanwalt die Gebühren der Abs. 1 bis 3 nicht ver= langen, wenn die ihm nach § 65 zustehende Gebühr den Betrag einer vollen Gebühr des Artifels 3 der Landesgebührenordnung für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher, berechnet nach dem Werte bes Familienguts oder Hausvermögens, erreicht. Bei Entscheidungen über Anträge nach § 65 Abf. 2 auf Erhöhung der Gebühr des § 65 Abs. 1 ift jedoch die Tätigkeit des Rechtsanwalts bei den Ber= fahren des Abs. 1 angemessen zu berücksichtigen, soweit er hierfür eine besondere Gebühr nicht erhält.

- verfahren nach den sinngemäh anziere Vergütung des Nechtschwalts in dürgerlichen (1) Neben den Gebühren der §§ 65 und 66 erhält der Rechtsanwalt nur die Sondergebühren des Artikels 10 und des Artikels 13 der Landesgebührenordnung für Rechtsanwälte und Gerichts= vollzieher. Für den Entwurf eines Familienschlusses oder eines Vertrags zur Regelung der Rechte der Anwärter oder Anfallberechtigten steht dem Rechtsanwalte jedoch eine besondere Gebühr nicht zu.
- (2) Für den Gesamtbetrag der Gebühren eines Rechtsanwalts, der nicht allgemein zum Bertreter im Auflösungsverfahren oder in einem Berfahren des § 66 Abf. 1 bestellt ift, sondern dem nur einzelne Handlungen aufgetragen find, gilt § 48 der Deutschen Gebührenordnung finngemäß.

über Anträge auf Erhöhung der Gebühren nach § 65 Abs. 2 und § 66 Abs. 2 entscheiden die Auflösungsbehörden. Gegen die Entscheidung des Auflösungsamts steht dem Rechtsanwalte, seinem Auftraggeber und dem erstattungspflichtigen Gegner die sofortige Beschwerde an das Bereitigten acht Zehnteile ben vollen Gebühr des Artifels 2 ber Landesgehührengebrut. us innkabna L

\$ 69.

Berfahren über einstweilige Anordnungen stehen im Sinne der Borschriften der Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte den Berfahren über einstweilige Berfügungen gleich.

§ 70.

Das Berfahren über den sofortigen Einspruch gegen eine Entscheidung des Vorsitzenden des Auflösungsamts (§ 239 Zwall.) steht im Sinne der Bestimmungen der Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte dem Verfahren über einen Antrag auf Anderung einer Entscheidung eines beauftragten oder ersuchten Richters gleich. In Angelegenheiten der freiwilligen Gerichts= barkeit (§ 1 Abs. 2 Sat 1) erhält der Rechtsanwalt im Verfahren über den sofortigen Ginspruch zwei Zehnteile der vollen Gebühr des Artifels 3 der Landesgebührenordnung für Rechtsamvälte dieser Bererdnung für anwendbar erklärt worden sind, Bereichtungen der gehörlicher Beierblicher.

sing In Beschwerdeberfahren vor dem Landesamt erhält der Rechtsanwalt:

- 1. bei Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (§ 2 Abf. 2 Sat 1) fünf Zehnteile der vollen Gebühr des Artifels 3 der Landesgebührenordnung für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher:
- 2. im Verfahren über streitige Ansprüche (§ 1 Abs. 2 Sat 2) und im Fideikommiskonkursberfahren dieselbe Bergütung, die er nach der Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte im Beschwerdeverfahren bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und im Konkurs= berfahren erhalten würde. Wenn sich jedoch die Beschwerde gegen eine Entscheidung richtet, die im ordentlichen Rechtsftreite nur in Form eines Urteils ergeben könnte, jo erhält der Rechtsanwalt dieselbe Vergütung, die er nach der Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten im Berufungsverfahren erhalten

§ 72.

In den Fällen der §§ 88, 89, § 93 Abs. 2 der Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte entscheiden die Auflösungsbehörden endgültig.

behelfe (25 232 bie 241 3w2131). Die Borichriften des § 9 Sag 2 und des § 55 Abf. 2 Sag 1 in Berbindung mit § 9 Say 2 diefer Berordmug Jisten unberührt.

Gebühren und Auslagen ber Gerichtsvollzieher und ber Zeugen und Comeit nach dieser Berardmun, engidnerftandigen, Gendell für anwendbar

erstärten Vorichriften Anordnungen oder Endskrigingen im Verwaltungse oder Auflichtsverge zu

Für die Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieher im Berfahren bor den Auflösungsbehörden gelten bei Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (§ 1 Abf. 2 Satz 1) die Bor= schriften der Landesgebührenordnung für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher und im Verfahren über streitige Ansprüche (§ 1 Abs. 2 Sat 2) und im Fideikommiskonkursperfahren die Vorschriften der Deutschen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher sinngemäß. Bei der Wertberechnung finden die Vorschriften der §§ 5 und 6 dieser Verordnung Anwendung.

Für die Gebühren und Auslagen der Zeugen und Sachberständigen im Verfahren bor den Auflösungsbehörden gelten die Beftimmungen der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverdiese in ihrer jeweils geltenden Fassung maßgebend. ständige sinngemäß.

Diese Berordmung tritt mit ihrer Eccumbung in Kraft. Sie findet auf alse vor dem

1. Ottober 1930 noch nicht fällg ,negummitfedgulche noch nicht beenbeten Geschäfte An-

tdigro acronno atchin 88 aid 38 89 nod aun chij tischo] gnudnoor

Soweit für die Berechnung und Ginziehung ber Gebühren, Auslagen und Stempel im Berfahren vor den Auflösungsbehörden feine besonderen Bestimmungen getroffen find, gelten die Vorschriften für die Berechnung und Einziehung der Gerichtstosten.

\$ 76.

Die Berpflichtung des Besitzers zur Zahlung von Kosten begründet eine Stammschuld. Für die Auffichtsgebühr (§§ 23 ff.) und die Gebühren nach § 49 Abf. 2 haftet der Besitzer, während deffen Besitzeit die Gebühren fällig geworden sind, auch persönlich. 17082 mos allömmeschaft auf prundro

barteit (§ 1 Abf. 2 Sat 1) erhalt ber Rechta. 7708 Soweit in den Vorschriften der Gesetze und Verordnungen, welche in den Teilen A, C und D dieser Berordnung für anwendbar erklärt worden sind, Berrichtungen dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle eines Gerichts zugewiesen find, tritt an bessen Stelle ber Schriftführer ber Auflösungsbehörde. Soweit gegen eine Entscheidung die Erinnerung an ein Gericht zulässig ift, findet die Erinnerung an die Auflösungsbehörde statt. An die Stelle der Beschwerde oder sofortigen Beschwerde an ein übergeordnetes Gericht tritt die sofortige Beschwerde an das Landesamt.

\$ 78.

Gegen eine Entscheidung des Vorsitzenden des Auflösungsamts findet in allen Fällen zunächst der sofortige Einspruch an das Auflösungsamt (§ 239 ZwAG.) und gegen eine Entscheidung eines beauftragten Mitglieds der Auflösungsbehörde oder eines ersuchten Richters der Antrag auf Ent= scheidung der Auflösungsbehörde (§ 240 ZwAG.) statt.

erhalt der Rechtsambatt dielelbe Ber. 97 &

Die Einlegung von Erinnerungen kann schriftlich bei der Auflösungsbehörde oder mündlich zur Niederschrift des Schriftführers der Auflösungsbehörde erfolgen.

§ 80.

Für die sofortige Beschwerde, den sofortigen Einspruch und den Antrag auf Entscheidung ber Auflösungsbehörde gelten die Vorschriften des Zwangsauflösungsgesetes über diese Rechtsbehelfe (§§ 232 bis 241 Zwas.). Die Vorschriften des § 9 Sat 2 und des § 55 Abs. 2 Sat 1 in Berbindung mit § 9 Sat 2 dieser Berordnung bleiben unberührt.

Bebilbeen und Andlagen ber G.18 gravollzieber und ber Bengen und

Soweit nach dieser Verordnung und nach den in den Teilen A, C und D für anwendbar erklärten Borichriften Anordnungen oder Entscheidungen im Berwaltungs= oder Aufsichtswege zu treffen find, find diese bon den Aufsichtsinstanzen der Auflösungsbehörden (Prafident der Auflösungsbehörde, Justizminister) zu treffen.

fchriften der Landesgebührenordnung für Rech. 28 Boalte und Gerichtsvollzieher und im Berjahren

Bei den von den Aufsichtsinftanzen der Auflösungsbehörden zu erledigenden Angelegen= heiten werden Koften nach Maßgabe des Gesetes über staatliche Verwaltungsgebühren vom 29. September 1923 (Gesetssamml. S. 455) in Verbindung mit der Verwaltungsgebührenordnung bom 30. Dezember 1926 (Gesetssamml. S. 327) erhoben.

§ 83.

Soweit in dieser Berordnung auf andere Gesetze und Berordnungen berwiesen ift, sind diese in ihrer jeweils geltenden Fassung maßgebend.

§ 84.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkundung in Kraft. Sie findet auf alle vor dem 1. Oktober 1930 noch nicht fällig gewordenen Koften und noch nicht beendeten Geschäfte Anwendung, soweit sich aus den §§ 85 bis 88 nichts anderes ergibt.

Soweit fur die Berechnung und Einges gig ber Gebühren, Auslagen und Stempel im

(1) Soweit Gebühren jährlich zu erheben find, richtet sich die Gebühr für das am 1. Oktober 1930 laufende Jahr nach den bisherigen Bestimmungen, und von der nacht werden Bestimmungen, und von der bisherigen

(2) Bei einem am 1. Oktober 1930 schwebenden Schuldentilgungs= oder Schuldenpflegsschaftsversahren oder einer Zwangsverwaltung im Sinne des § 11 der Verordnung über Familiensgüter in ihrer bis zum 1. Oktober 1930 geltenden Fassung werden, falls diese Versahren nicht in eine Familiengutsverwaltung übergeleitet werden, vom Ablauf des am 1. Oktober 1930 laufenden Jahres die Gebühren erhoben, die nach § 49 Abs. 1 dieser Verordnung für das Versahren der Familiengutsverwaltung zu erheben sind. Beim Schuldentilgungsversahren wird von dem genannten Zeitpunft an dieselbe Gebühr erhoben wie bei einer Familiengutsverwaltung, mit der ein Schuldentilgungsversahren verbunden ist.

§ 86.

Bei Familiengütern und Hausbermögen, bei denen bei Inkrafttreten dieser Verordnung ein Familienschluß über die freiwillige Auflösung bereits verlautbart ist, wird die Auflösungsgebühr (§§ 29, 31) nicht erhoben.

§ 87.

- (1) Wird einem rechtzeitig aufgenommenen Familienschlusse die Bestätigung nur aus dem Grunde versagt, weil er die freiwillige allmähliche Auslösung anordnet (§ 44 FamGG.), oder wird ein solcher Familienschluß nicht wirtsam, weil die ministerielle Genchmigung zur allmählichen Auslösung nicht erteilt wird, so sind die Gebühren für die Aufnahme des Familienschlusses niederzuschlagen. Bereits erhobene Gebühren sind auf die später entstehende Auslösungsgebühr anzurechnen.
- (2) Fst bei einem Familiengut oder Hausvermögen, bei dem die freiwillige allmähliche Auflösung beschlossen ist, bereits vor Infrafttreten dieser Verordnung ein Familienschluß zur Herbeisührung der freiwilligen sofortigen Auflösung verlautbart worden, so ist die Gebühr für die Aufnahme des letzteren Familienschlussen niederzuschlagen, sosern der übergang von der allmählichen zur sofortigen Auflösung nach dem 1. Juli 1929 aus Anlaß der Anderung der Auflösungsgesetzgebung erfolgt ist.

\$ 88.

Hat ein Rechtsanwalt für eine vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung begonnene Tätigsteit nach den bisherigen Vorschriften eine höhere Vergütung verdient, als ihm nach den Bestimsmungen dieser Verordnung zusteht, so verbleibt ihm die höhere Vergütung.

Berlin, den 22. Dezember 1930.

(Siegel.) Das Preußische Staatsministerium.

Braun

Höpker Aschoff

Schmidt

jugleich für ben Minifter für Landwirtschaft, Domanen und Forften.

Den laufenden Bezug der Breußischen Gesetsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugsvreis 1,05 MM. vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Berlage und durch den Buchhandel bezogen werden. Breis für den achtseitigen Bogen 20 Rpf., bei größeren Bestellungen 10—40 v. H. Preisermäßigung. (2) Bei einem am 1. Oftober 1930 schwebenden Schuldentilgungs- oder Schuldenhilege schreiben schuldenhilegen schreiber schulden in Sinne des gilt der Berordnung über Familien gatter in ihrer die zum L. Oftober 1930 geltenden Fahlung werden, salt dies diese kerschurch nicht in eine Familienguisberwaltung übergeleitet werden, dem Ablauf des am L. Oftober 1930 sauseinden Sahres die Gebühren erhoben, die nach § 49 Ab. i diese Verordnung für das Versahren der Familiengutsvervaltung zu erheben sind. Beim Schuldentilgungsverschren wird von dem genannten Zeitzugt an dieselbe Gebühr erhoben wie bei einer Familiengutsvervaltung mit der eine Familiengutsvervaltung mit der ein Schuldentilgungsverschung vervaltung wird der

and the Familiengülern und Hausbarmögen, bei denen bei Jukraftsreien dieser Verordnung ein Familienschlaße über die freiwillige Auflöhung bereits verlantbart ist, wird die Ausschungsgebulgr (88 29. 31) nicht erboben.

18 81

(1) Wird einem verhiseirtg aufgenommenen Familienschliffe die Bestäsigung nur aus dem Erunde periog, weil er die freindlige allmähliche Austriag anvonet (z. 44 KamCE.), oder wird ein solcher Familienschlich nicht wirksam, weil die ministerielse Genehmigung zur allmählichen Lussischung nicht erreilt wird, so sind die Gebühren für die Aufundhme des Familienschlisse niederzussichlichen Erreits erhobene Gebühren sind auf die später entstehende Auflöhungsgebühr aufgrrechnen, erreitstehende wirdelte entstehende Aufwellenden aufgrrechnen.

(e) It bei einem Familiengut ober Sausbermögen, bei dem die freivillige allmöhliche Auflösung beschloffen ist, bereits vor Jukrafttreten dieser Vererdnung ein Familienschlich zur Serbeisührung der freiwilligen sossingen Auflösung verlautdart worden, so is die Gebühr für die Aufnahme des letteren Familienschlusse niederzuschlagen, sosen der übergang von der allmählichen zur sosorigen Auftösungsgeschaft vortigen Auftösung nach dem L. Juli 1828 aus Anlag der Anderung der Auflösungsgeschgebung ersolgt ist.

88 8

Hard der Steckenmalt für eine vor dem Furgitreten dieser Berordnung begannene Tätigreit nach den bisherigen Borschriften eine höhere Bergütung verdient, als ihm nach den Bestimunungen dieser Berordnung zusteht, so verdleibt ihm die zöhere Bergütung.

Rerlin, den 22. December 1930.

Das Preußische Staatsministerium

Höhrter Lichoff Schrieben ine en bei Germibt

Dezember 1926 (Gerenfament, S. 827) erfwben.

Control to Motor Superference and nations Obstrace

such in their juveils estimates housing subjectives

Disp Bearing with an disp Well.

1. Ottober 1990 was only filler gargetisters.

verausgegeben vom Preußischen Stansministerben. — Gebruck von der Preußischen Druckerei um VerlanderAftiennesellschaft Perlin.

Verlage. R. von Netter & Berlag, O. Staellt, Gertin ab Handlen (Begingeweis 1,66 MM, vierteijänrich); Den lääfenden Keing der Preußlichen Geleslammiling dermitteln nur die Boldanklalten (Begingeweis 1,66 MM, vierteijänrich); einzelne Rummern und Jahrgänge (auch ältere) lonnen unmittelbar von Verlegen and durch den Inchendel besogen werden. Breis für den achtjeungen Bogen 20 Schl., dei größeren Weitellungen 10–40 v. D. Tertsernahligung.